

Kein Endlager vor unserer „Haustür“



Nein zu Atomstrom!

**Endlager –
NEIN DANKE!**

anti atom komitee

promenade 11
a-4240 freistadt

office@anti-atom.at | www.anti-atom.at

tel. & fax +43 7842 72543 | +36 71 110 1100



**Transparente Stromkennzeichnung
nach wie vor ein Märchen**

**Haftpflicht für AKW's
muss kommen**

Anti Atom Komitee

Sehr geehrter Herr Premierminister!



Wie Sie sicher wissen, war der ehemalige Premierminister und neu gewählte Präsident Tschechiens, Miloš Zeman, in Österreich zu Gast, wo beim Gespräch mit Bundespräsident Fischer, das Thema AKW Temelin angesprochen wurde.

In einem Interview mit dem tschechischen Radio, Český rozhlas, wurde Präsident Zeman folgendermaßen zitiert:

„Wir werden Temelin stoppen, wenn ihr uns Zwentendorf vermietet,“ sagte Präsident Zeman gestern

von Dipl.-Ing. Manfred Doppler

in Anspielung auf das einzige österreichische Atomkraftwerk, das zwar steht, aber nie in Betrieb genommen wurde.

Jeder der im Ausland ist, ist ein Repräsentant seines Landes. Dies trifft umso mehr für den Präsidenten eines Landes bei einem offiziellen Staatsbesuch zu.

Diese Aussage von Präsident Zeman kann nur als provokant bezeichnet werden und ist seinem Ansehen nicht besonders förderlich. Nicht als Privatperson und schon gar nicht als Präsident bei einem Staatsbesuch.

Ich weiß schon, dass Sie nicht Präsident Zeman sind und für seine Aussagen nicht verantwortlich sind.

Ich schreibe Ihnen diesen Brief aber dennoch, denn solche Aussagen sind nicht besonders dafür geeignet, die Beziehungen zwischen Österreich und Tschechien zu verbessern, sondern sind eher dafür geeignet, die Meinung vieler Österreicher und Österreicherinnen zum Verhalten Tschechiens in der Causa Temelin weiter zu verschlechtern.

Temelin UVP: CZ – Umweltminister bricht eigene Regeln und provoziert Gegenwehr

Das tschechische Umweltministerium hat im Rahmen eines abschließenden Standpunktes zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) trotz massiver Kritik an dieser UVP und mehrfacher Verstöße gegen die Aarhuskonvention seine Zustimmung zum Ausbau des AKW Temelin gegeben. Das Anti Atom Komitee fordert von Tschechien die Einhaltung internationaler Abkommen. Bundeskanzler Faymann ist aufgefordert, endlich gegen diese Vorgangsweise aufzutreten, die sogar tschechische Umweltkriterien ignoriert.

Schon im Juni 2012 hat das Anti Atom Komitee gemeinsam mit zahlreichen österreichischen Umweltschutzorganisationen Beschwerde beim Aarhus Komitee wegen der zahlreichen Verstöße gegen die Aarhuskonvention eingelegt. Dieses internationale Abkommen soll bei grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungen die Rechte der Bürger sicherstellen.

Die Aarhus – Konvention verlangt, dass kein Bürger wegen Staatsangehörigkeit, Volkszugehörigkeit oder Wohnsitz benachteiligt werden darf. Zur Temelin - UVP fand allerdings nur ein offizieller Anhörungstermin am 22. 6. 2012 in der Tschechischen



Mit der Umweltverträglichkeitsprüfung bricht Umweltminister Tomáš Chalupa nicht nur seine eigenen Regeln, sondern verstößt auch gegen die Aarhus-Konvention.

Republik statt. Durch das Hearing in Tschechien war die österreichische Bevölkerung klar benachteiligt. Die Frist für Einwendungen gegen den Ausbau von Temelin war in Öster-

reich auf 30 Tage beschränkt, während die Bayern dafür 6 Wochen Zeit hatten. Bei der Anhörung in Budweis waren sämtliche Abbildungen auf der Leinwand nur in tschechisch, es gab keine Übersetzungen. Ebenfalls klare Benachteiligungen der österreichischen Bevölkerung.

Das Anti Atom Komitee hat schon beim Hearing kritisiert, dass diese UVP eine klare Verhöhnung der Bevölkerung ist und es ständig zu Brüchen der Aarhus Konvention gekommen ist und hat nun von der Aarhus Konvention eine umgehende Stellungnahme zu unserer Beschwerde eingefordert. Internationale Abkommen sind dazu da, um eingehalten werden.

Diese skandalöse Genehmigung seitens des tschechischen Umweltministers Tomáš Chalupa ist nicht akzeptabel, weil sie selbst die tschechischen Umweltkriterien missachtet. Bundeskanzler Faymann ist dringend aufgefordert, der tschechischen Seite klarzumachen, dass wir Österreicher uns nicht alles gefallen lassen. Wir werden uns zur Wehr setzen.

Kein Endlager vor unserer „Haustür“

Elfi Guttenbrunner und Manfred Doppler begleiteten Landesrat Rudi Anschober bei einer Pressefahrt nach Ktiš, um sich vor Ort ein Bild vom geplanten Atommüllendlager auf dem Gebiet des NATO-Truppenübungsplatz Boletice zu machen. Dieser Truppenübungsplatz ist nur 18 km von der österreichischen und 20 km von der bayerischen Grenze entfernt.

Nachdem SURAO, das tschechische Amt für die Endlagersuche, bisher überall am Widerstand der Bevölkerung gescheitert war, versucht man nun die Suche auf Gebiete zu konzentrieren, in denen die Gemeinden einen geringen Einfluss haben.

So ist auch der Truppenübungsplatz Boletice wieder auf die Liste der möglichen Standorte gekommen, der eigentlich wegen Ungeeignetheit schon von dieser Liste gestrichen worden war.

Doch auch hier gibt es erheblichen Widerstand seitens der umliegenden Gemeinden.

Die Entscheidung, ob der Standort Boletice tatsächlich im Rennen bleibt, könnte möglicherweise noch vor dem Sommer getroffen werden. Um diesen Standort zu verhindern ist nicht nur der Protest der öö. Landesregierung gefordert, sondern auch die Bundesregierung muss diesem Ansinnen vehement entgegenreten.

Dieses Militärgelände ist nur rund 10 Kilometer von den Tourismusmagneten Krumau, dem Moldaustausee und dem Nationalpark Sumava entfernt. Sollte die tschechische Atomlobby wirklich ernsthaft in Betracht

ziehen, wäre damit das Aus für diese Tourismusregion besiegelt.

Besondere Chancen, dies zu erreichen liegen aber darin, dass dieser Standort in einem NATURA 2000 Schutzgebiet liegt und daher ein Endlager nach EU Recht nicht durchsetzbar wäre.

Unter diesen Gesichtspunkten sollte ein Endlager am Standort Boletice nicht möglich sein, oder aber, und diese Frage bleibt noch unbeantwortet, die tschechischen Atomlobbyisten scheren sich einen Dreck darum.



Anti Atom Komitee trifft EU Abgeordneten

Elfi Guttenbrunner, Sandra Wagner und Manfred Doppler vom Anti Atom Komitee trafen sich erneut mit dem EU – Abgeordneten Dr. Paul Rübzig. Diese Treffen finden mittlerweile fast regelmäßig statt und dienen dem gegenseitigen Informationsaustausch.

Rübzig bestätigte, dass sich seit der Entscheidung Deutschlands, aus der Atomenergie auszusteigen, die fast einsame Position der österreichischen Abgeordneten in Sachen Atomenergie wesentlich verbessert hat und es in Zukunft sicher einfacher sein wird, Verbündete gegen die Atomenergie zu finden.



V.l.n.r.: Sandra Wagner, Manfred Doppler, Paul Rübzig und Elfi Guttenbrunner beim Informationsaustausch.

Manfred Doppler wies Rübzig auf den Versuch der Atomlobby hin, Atomenergie bei den Förderungen den erneuerbaren Energieträgern gleichzustellen. Manfred Doppler betonte,

dass Atomenergie auch nach fast 60 Jahren, in denen Hunderte Milliarden in diese veraltete Risikotechnologie, gepumpt wurden, von Fördermitteln abhängig ist.

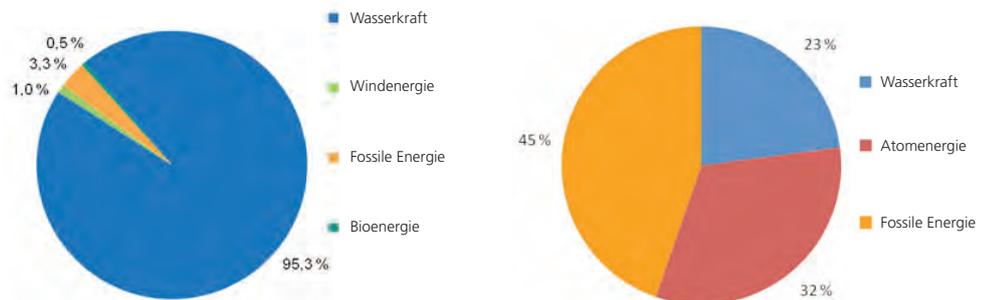
Transparente Stromkennzeichnung durch Wasserkraftzertifikate nach wie vor ein Märchen

Eine transparente Stromkennzeichnung gibt es in Österreich nicht - Atomstrom wird durch den Kauf von Wasserkraftzertifikaten vor allem aus Norwegen umdeklariert. So wird aus „Strom unbekannter Herkunft“ mit einem Atomstromanteil von 35% plötzlich völlig legal sauberer Strom aus Wasserkraft.

Selbst die Regulierungsbehörde e-control bestätigt, dass mit dem Zukauf von Wasserkraftzertifikaten Atomstrom „gewaschen“ werden kann. Diese ausländischen Wasserkraftzertifikate machen aus der Stromkennzeichnung eine klare Täuschung der Bevölkerung. Manche Stromhändler gaukeln den Stromkunden vor, Strom aus Wasserkraft zu verkaufen, ohne jemals Strom aus Wasserkraftwerken gekauft zu haben.

Solange Stromzertifikate ohne einen gleichzeitigen Zukauf von Strom im gleichen Ausmaß zugekauft werden können, ist dem Import von Atom-

strom Tür und Tor geöffnet. Dadurch entsteht die kuriose Situation, dass die Norweger, die über 95% des Stroms aus Wasserkraft produzieren,



Der Verkauf dieser Wasserkraftzertifikate bewirkt in Norwegen dass rechnerisch nur mehr 23% Strom aus Wasserkraft konsumiert wird. Der Rest ist fossile Energie und Atomenergie, obwohl Norwegen kein AKW hat.

Haftpflicht für AKWs muss kommen

Beim Treffen mit den Mühlviertler Nationalräten gab es weitgehenden Konsens mit den Forderungen des Anti Atom Komitees. Volle Haftpflichtversicherung für AKWs ist wichtiges Instrument zur Verhinderung des Ausbaues von Temelin und zum Ende der Atomenergie.

Zu einem Meinungsaustausch trafen sich Alfred Klepatsch, Elfi Guttenbrunner und Manfred Doppler vom Anti Atom Komitee mit den Mühlviertler Nationalräten Ruperta Lichtenecker (Grüne), Walter Schopf (SPÖ), Werner Neubauer (FPÖ) und Rainer Widmann (BZÖ) in Freistadt. Weitgehende Übereinstimmung gab es zur Forderung nach voller Haftung für Atomkraftwerke, die in der EU sträflich unterversichert sind. So beträgt die Versicherungssumme oft nicht einmal 1% !!! der möglichen Schadenssumme.

„Die Nationalräte unterstützen und unterzeichneten die Petition von atomstopp_oberoesterreich an das

EU-Parlament für eine Haftpflichtversicherung von in der Höhe von 400 Milliarden Euro pro Reaktor.

Mag. Michael Hammer (ÖVP), der

krankheitsbedingt nicht an diesem Treffen teilnehmen konnte, sicherte ebenfalls seine volle Unterstützung zu.

Die Forderung nach einer Haftpflichtversicherung in dieser Höhe ist nur die logische Konsequenz der Atomkatastrophe von Fukushima, darin waren sich alle Nationalräte einig.



Elfi Guttenbrunner, Werner Neubauer, Rainer Widmann, Ruperta Lichtenecker, Manfred Doppler, Walter Schopf und Alfred Klepatsch unisono – AKW-Haftpflicht ein MUSS!